

EDITORIAL

LIEBE LESERINNEN
UND LESER,

der Asse-Untersuchungsausschuss hat seine Arbeit aufgenommen, die Kultusministerin strauchelt, der Krip-penausbau geht nirgends so schleppend voran wie in Niedersachsen: Wir haben diese Themen auf die Tagesordnung gesetzt und dadurch die Landesregierung erheblich unter Druck gebracht. Nur so ist zu erklären, dass die Regierung Wulff mit juristischen Tricks verhindern will, dass möglicherweise weitere höchst unangenehme Wahrheiten ans Licht der Öffentlichkeit gelangen. Jüngstes Beispiel: Die Staatskanzlei hat einen 30 (!) Jahre alten Vermerk über die Entscheidung der Regierung Albrecht, Gorleben zum Standort des Nuklearen Entsorgungszentrums zu machen, unter Vertraulichkeitsvorbehalt gestellt. Dieser Vertraulichkeitsvorbehalt soll die Oppositionsarbeit lähmen: Wir dürfen zwar Einsicht in die Akten nehmen, dürfen aber niemandem sagen, was wir da gelesen haben – ansonsten droht strafrechtliche Verfolgung. Geradezu aberwitzig scheint die Begründung für diesen Vertraulichkeitsvorbehalt: Eine Abwägung der verschiedensten Interessen habe ergeben, dass die Handlungsfähigkeit der heutigen Regierung gefährdet sei. Wenn ein dreißig Jahre altes Schriftstück tatsächlich die Handlungsfähigkeit der Regierung gefährden kann, dann ist es um Herrn Wulff und seine Truppe schlecht bestellt. Ich wünsche allen viel Spaß beim Lesen.

Wolfgang Jüttner
Vorsitzender der SPD-Fraktion im
Niedersächsischen Landtag

ASSE II: CDU/FDP BEHINDERN AUF- KLÄRUNGSARBEIT

Der Asse-Untersuchungsausschuss hat mit einer ganztägigen Sitzung am 6. August seine Arbeit aufgenommen. Eine der wichtigsten Zielsetzungen der SPD liegt in der Aufklärung der tatsächlichen Einlagerungen in dem maroden Salzbergwerk. Vor dem Hintergrund, dass die Standsicherheit des einsturzgefährdeten und allmählich durch Wasserzuflüsse ertrinkenden Schachts »Asse II« nur noch bis 2020 gegeben ist, muss vorrangig ermittelt werden, welche Gefahren von den eingelagerten radioaktiven Abfällen ausgehen. Von diesem Inventar ist es abhängig, ob eine Rückholung gefahrlos möglich ist und wie das Bergwerk so geschlossen werden kann, dass die Menschen in der Region sicher geschützt sind.

Mit großem medialen Interesse wurde daher am 6. August die erste Zeugenbefragung des Untersuchungsausschusses im Niedersächsischen Landtag erwartet. Die Vernehmung der ersten zwei Zeugen, die von der CDU und FDP gegen die SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke durchgesetzt wurde, war erwartungsgemäß enttäuschend. Es erschienen mit Dr. Karl Niklas und Jürgen Schubert zwei hochbetagte Herren, ein ehemaliger Mitarbeiter der Gesellschaft für Strahlenforschung und ein Veteran des Oberbergamts Clausthal-Zel-

lerfeld, beide seit langem außer Dienst. Offenbar hatten sich die Koalitionsfraktionen erhofft, Niklas und Schubert könnten beruhigende Aussagen über die Art des eingelagerten Atom- mülls und dessen Auswirkungen auf die Mitarbeiter in der »Asse« machen. Vergeblich.

Eine Woche später, am 13. August, fiel die geplante Vernehmung von drei Zeugen komplett aus, weil die von der CDU/FDP-Seite vorgeladenen Herren zufällig im Ausland waren und nicht in Hannover erscheinen konnten. Die Absage der Zeugenvernehmung 24 Stunden vor der geplanten Befragung kritisierte der Obmann der SPD im Ausschuss, Detlef Tanke, als abgekartetes Spiel der Koalitionsfraktionen. »Das ist ein neuer Beitrag zur Verzögerungstaktik der Koalition, die offenkundig das Ziel verfolgt, die Aufdeckung unangenehmer Wahrheiten vor der Bundestagswahl am 27. September mit aller Macht zu verhindern«, sagte Tanke unmittelbar nach der Bekanntgabe der Absage.

Die SPD erhöht nun den Druck auf CDU und FDP und fordert gemeinsam mit den Grünen und Linken weiterhin den Schritt nach vorn und das Ende der Zeitschinderei durch die Vernehmung von Zeugen, die zur akuten Sachaufklärung wenig zu sagen haben. Von der SPD wurden unter anderem

Fortsetzung auf Seite 2

Fortsetzung von Seite 1

benannt der Vorstandsvorsitzende der Siemens AG, Peter Löscher, die aktuellen und ehemaligen Bundesminister Annette Schavan (CDU), Volker Hauff, Hans Matthöfer und Horst Ehmke (alle SPD) sowie die aktuellen und ehemaligen Landesminister Hans-Heinrich Sander und Erich Kiepker (beide FDP), Walther Leisler Kiep, Birgit Breuel und Hermann Schnipkowitz (alle CDU).

Erwartungsgemäß ließ die Mehrheit aus CDU und FDP im Untersuchungsausschuss eine zügige Vernehmung der Mehrzahl unserer Zeugen vor der Bundestagswahl nicht zu.

Dass Löscher und Ehmke wie von der Koalition angeboten tatsächlich am 10. September vor dem Ausschuss auftreten können, ist aufgrund der hohen Zahl an Zeugen vor ihnen mehr als unwahrscheinlich.

Die Aktionen von CDU und FDP wertet die SPD als Behinde-

rung der Aufklärungsarbeit. Das Ziel der Koalitionsfraktionen ist offenkundig, die Zeit des Bundestagswahlkampfes freizuhalten von eventuellen Unannehmlichkeiten für parteizugehörige Persönlichkeiten und weiterer Kritik an der Nutzung der Atomenergie, die kausal mit der ungeklärten Entsorgungsfrage verbunden ist. Die SPD fordert nach wie vor die Aufdeckung ohne Rücksicht auf derartige »Empfindlichkeiten«. ■

HEISTER-NEUMANN MACHT IHRE HAUSAUFGABEN NICHT

Seit zwei Wochen hat der Schulalltag die rund 940.000 Schüler und Schülerinnen wieder. Zu Beginn des Schuljahres hat Kultusministerin Elisabeth Heister-Neumann mitgeteilt, sie erwarte kaum (!) Unterrichtsausfall. Dennoch hat sie zugegeben, dass im neuen Schuljahr an den Gymnasien 99,5% und an den Gesamt-, Haupt- und Realschulen nur 98% des Unterrichts erteilt werden. Aus dem »kaum« ist ein »überall« geworden. Gleich am ersten Schultag und seitdem täglich fällt Unterricht aus.

»Heister-Neumann hat in der Vergangenheit das System ausgepresst wie eine Zitrone – bis auf den letzten Tropfen. Dass der Schulbetrieb überhaupt noch klappt, liegt daran, dass sich alle Beteiligten an den Schulen mächtig ins Zeug legen«, würdigt Heiligenstadt die Leistungen der Lehrkräfte und Schulleitungen.

Nicht nur die Unterrichtsversorgung ist ein Thema. Die Liste der Baustellen in der niedersächsischen Schulpolitik ist lang. »Die Frage der Neubesetzung von Lehrerstellen ist viel zu spät angegangen worden.

645 junge Lehrkräfte werden den Dienst erst am 1. November antreten. Unterrichtsausfall ist programmiert«, sagte Heiligenstadt. Zudem bestehe nach wie vor ein Lehrkräftemangel in den naturkundlichen Fächern sowie in Religion und Latein.

Die Zahl der Schulpsychologen wurde vom Land auf ein nicht mehr erträgliches Maß reduziert. Die Folge ist ein eklatanter Mangel an Beratungslehrkräften. Das Turbo-Abitur an den Gesamtschulen wird noch große Probleme bereiten und die »Vollen Halbtagschulen« werden ebenfalls abgeschafft. Dass die Klassen immer noch viel zu groß sind, verschweigt die Landesregierung ebenfalls dezent. Wir setzen unsere bildungspolitischen Alternativen dagegen.

Wir wollen

- den Erhalt des Abiturs nach 13 Jahren an den Gesamtschulen und damit die Wahlmöglichkeit für alle Schülerinnen und Schüler.
- Gesamtschulen überall dort, wo Eltern und Schult Träger dies wünschen – ohne die Hürde der Fünfzügigkeit.

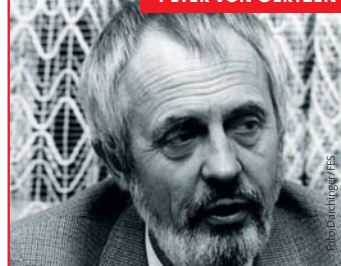
- den Erhalt der »Vollen Halbtagschule«.
- voll ausgestattete, also »echte« Ganztagschulen mit Unterricht auch am Nachmittag.
- 2000 zusätzliche Lehrkräfte für unsere Schulen und 2000 zusätzliche Plätze für die Ausbildung neuer Lehrkräfte.
- die Wiedereinführung der Lernmittelfreiheit.
- mehr Personal für Schulsozialarbeit.



Frauke Heiligenstadt, schulpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion im Niedersächsischen Landtag

GEDENKTAGUNG

PETER VON OERTZEN



4. 9. 2009, 15.00 – 20.00 UHR

Foyer der IG BCE Hauptverwaltung
30167 Hannover,
Königsworther Platz 6

Anmeldung bis zum 1.9.2009

per E-Mail an Nicola.von
Graevemeyer@lt.niedersachsen.de

Mehr Infos:

www.spd-landtag-niedersachsen.de

SCHWEINEGRIPPE WEDER VERHARMLOSSEN NOCH PANIK SCHÜREN

Von Uwe Schwarz,
stellv. Fraktionsvorsitzender und
gesundheitspolitischer Sprecher

Immer schriller werden die Schlagzeilen über die Ausbreitung der so genannten Schweinegrippe, die Virologen auch als »Neue Grippe« bezeichnen. Fast täglich werden neue »Erkrankungsrekorde« gemeldet. So mancher Scharlatan versucht mit der Angst der Menschen ein Geschäft zu machen. Auch politischer Streit hat sich mittlerweile an dem Thema entzündet.

Nach anfänglicher Euphorie wird auch in Deutschland über Nutzen und Risiken einer »Massenimpfung« diskutiert. Dabei geht es insbesondere um mögliche Nebenwirkungen der neuen Adjuvans-Impfstoffe. So liegen nach Darstellung der Weltgesundheitsorganisation (WHO) keine Erkenntnisse über mögliche Nebenwirkungen bei Schwangeren und Kleinkindern oder für Menschen mit Asthma vor.

Dabei ist mit Blick auf die Fakten, wie sie beispielsweise

die Experten der WHO oder des Robert-Koch-Instituts (RKI) Berlin vortragen, zweierlei klar:

1. In der jetzigen Situation Panik zu schüren ist genauso falsch wie diese neue Form der Influenza zu unterschätzen. Die WHO charakterisiert die Ausbreitung bislang als moderate Pandemie. Jährlich sterben viel mehr Menschen an einer »normalen« Grippe als jetzt an der Schweinegrippe. Allerdings kann niemand heute sagen, ob und wie sich das Virus in den nächsten Monaten verändert oder seine Gefährlichkeit zunimmt. Grippeviren verändern ständig ihr Erbgut. Das RKI stellt dazu klar: »Im Unterschied zu den gut charakterisierten saisonalen Influenzaviren ist die weitere Entwicklung des neuen Erregers nicht bekannt, insbesondere seine Auswirkungen im Herbst und Winter, zur üblichen Grippezeit. In früheren Pandemien gab es häufig eine zweite, schwerere Welle«

2. Die weltweite Ausbreitung des Virus ist nicht mehr zu stop-

pen. Das Virus ist gut von Mensch zu Mensch übertragbar. Es ist außerhalb der normalen Grippe-saison aufgetreten, es gibt keine oder nur eine beschränkte Immunität gegen das neue Virus. Das heißt auch: Eine weitere Ausbreitung der Schweinegrippe wird es auch in Deutschland und Niedersachsen geben. Auch bei uns sind Todesfälle nicht auszuschließen, bislang gab es einige schwere Verläufe. Nach Angaben der WHO sind viele, aber nicht alle schweren Fälle bei Menschen mit Grunderkrankungen aufgetreten.

Persönliche Hygiene und Vorsorge haben deshalb erste Priorität. Das gilt besonders bei Kontakt zu Reiserückkehrern und bei vielen Kontakten zu anderen, etwa in Kitas und Schulen. Kranke Kinder sollten deshalb nicht in die Schule oder die Kita gehen. Influenzaviren werden vor allem durch Tröpfcheninfektion übertragen. Daher wird insbesondere häufiges Händewaschen empfohlen und das Husten in den Ärmel statt in die Hand. ■



Uwe Schwarz, sozial-politischer Sprecher der SPD-Fraktion im Niedersächsischen Landtag

Aktuelle Hinweise und Verhaltensregeln sowie umfassende Informationen und Hintergründe zur Schweinegrippe finden sich auf der Homepage des Robert-Koch-Instituts Berlin: www.rki.de/influenza. Vorsorgetipps finden sich auch bei: www.wir-gegen-viren.de.

MÖLLRING WEGEN CHINAREISE JETZT VOR STAATSGERICHTSHOF

Die von einem Unternehmen gesponserte Reise des Finanzministers Möllring nach China wird ein Nachspiel vor dem Staatsgerichtshof haben.

Die Antragstellerin Renate Geuter, finanzpolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion, hat nicht wegen der Gratisreise Klage einreichen lassen, sondern weil sie der Auffassung ist, Möllring habe eine Anfrage im Landtag nicht wahrheitsgemäß beantwortet.

»Meine Frage nach den mögli-

chen Verbindungen zwischen Minister Möllring und der Firma, bzw. deren Eigentümern und Geschäftsführern ist vom Minister schlicht mit dem Wort »Keine« beantwortet worden. Dies ist aber erwiesenermaßen falsch.«, erklärte Renate Geuter.

»Es gibt nachweislich Kontakte zwischen dem Minister und der einladenden Firma. So hat der Minister die Firma bereits vor zwei Jahren besucht. Es muss weiter zu Gesprächen gekommen sein, in denen die

Reise verabredet wurde. Warum hat der Minister diese Kontakte verschwiegen und mit seiner bewusst schnoddrigen Beantwortung den Bogen überspannt? Er ist verpflichtet, nicht nur die Wahrheit zu sagen, sondern sich auch um die Aufklärung des Sachverhaltes zu bemühen. Das hat er bewusst nicht getan.«, sagte Geuter. Ein solcher Umgang mit dem Parlament zeuge von einem schlechten Stil, den die SPD nicht länger akzeptieren will. ■

SCHLUSSLICHT NIEDERSACHSEN: FAHRRAD-KONZEPT ALS BEITRAG ZUM KLIMASCHUTZ



Für mehr Klimaschutz in Niedersachsen regt die SPD-Landtagsfraktion ein neues »Fahrrad-Konzept« an. Durch eine Ver-

kehrsverlagerung vom Auto zum Rad soll eine Reduzierung der schädlichen Emissionen wie Stickoxide und Kohlendioxide (CO₂) erreicht werden, so die Forderung des Arbeitskreises Umwelt- und Klimaschutz. Als Beispiel: Wer täglich einen Weg von fünf Kilometern mit dem Rad fährt statt mit dem Auto, kann etwa 1.000 kg/Jahr CO₂ sparen. Sigrid Rakow und Andrea Schröder-Ehlers, SPD-Umweltpolitikerinnen, haben zu diesem Thema am 6. August eine Anhörung in Hannover veranstaltet, an der Vertreter des ADAC, ADFC,

VCD, der AOK und der Universität Münster teilgenommen haben. Hierbei hat sich herausgestellt, dass das Land Niedersachsen Schlusslicht ist. Ohne Klimaschutzprogramm und ohne Fahrrad-Konzept ist Niedersachsen einsamer Verlierer im Ländervergleich. Die SPD-Fraktion wird in Abstimmung mit den beteiligten Organisationen eine parlamentarische Initiative starten, um ein umfassendes Konzept für den Radverkehr als Beitrag zur klimafreundlichen Mobilität endlich auch in Niedersachsen zu forcieren. ■

NIEDERSACHSEN RUFT MITTEL FÜR KRIPPENAUSSBAU NICHT AB

Bundesländer	Plafonds 2008 und 2009 (Euro)	bewilligte Mittel der Länder in 2008 und 2009 (Euro)	bewilligte Mittel – prozentualer Anteil am Plafond 2008 und 2009
Baden-Württemberg	102.946.000,00	70.300.000,00	68%
Bayern	117.919.000,00	176.152.202,00	149%
Berlin	30.334.000,00	15.298.328,00	50%
Brandenburg	19.699.000,00	9.173.493,01	47%
Bremen	5.714.000,00	1.634.662,39	29%
Hamburg	16.491.000,00	19.948.753,00	121%
Hessen	57.313.000,00	44.292.309,00	77%
Mecklenburg-Vorpommern	13.557.000,00	20.132.999,00	149%
Niedersachsen	74.206.000,00	34.810.000,00	47%
Nordrhein-Westfalen	167.033.000,00	141.189.928,00	85%
Rheinland-Pfalz	35.909.000,00	20.518.273,01	57%
Saarland	8.076.000,00	5.601.780,75	69%
Sachsen	34.698.000,00	34.082.831,04	98%
Sachsen-Anhalt	18.165.000,00	1.106.630,44	6%
Schleswig-Holstein	25.744.000,00	16.670.691,78	65%
Thüringen	18.006.000,00	21.000.000,00	117%
Deutschland gesamt	745.810.000,00	631.912.881,42	85%

Stand: 31. Juli 2009

Quelle: BMFSFJ

Niedersachsen stehen aus dem Investitionsprogramm des Bundes zum Krippenausbau 2008 und 2009 ca. 74 Millionen Euro zur Verfügung. Erhalten haben die Kommunen mit nur ca. 34 Millionen Euro noch nicht einmal die Hälfte. Es bleibt bei der Ankündigungspolitik der CDU in Niedersachsen durch Ministerpräsident Christian Wulff und seine Spitzenkandidatin für die Bundestagswahl, Ursula von der Leyen: Mangelhafte Ausführung des Krippenausbauprogrammes durch Wulff und von der Leyen in Niedersachsen belastet Familien!

» Wer mit 9,2 % Betreuungsquote bei unter Dreijährigen bundesweit den letzten Platz belegt, sollte sich schämen. Wer dann aber auch noch Fördermittel des Bundes liegen lässt, vernachlässigt die Kinder in Niedersachsen! «
Frauke Heiligenstadt